

Medieninfo

Berlin | 7. Mai 2026

IG BAU-Chef Feiger: „Mutig bei Deutschland-Reformen durchgreifen“ **5,1 Mio. Baby-Boomern droht Wohnarmut – mit 800 Euro Rente und weniger pro Monat**

Deutschland steht vor einer massiven Wohnarmut von Rentnern. Davor hat der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, IG BAU-Chef Robert Feiger, gewarnt. „Rund 5,1 Millionen Baby-Boomer werden weniger als 800 Euro pro Monat aus der gesetzlichen Rente bekommen. Das sind quer durch die Republik rund 40 Prozent der geburtenstarken Jahrgänge, die ab diesem Jahr bis 2036 in Rente gehen“, sagt Robert Feiger. Der IG BAU-Chef beruft sich dabei auf eine aktuelle Berechnung, die das Pestel-Institut für die Gewerkschaft gemacht hat.

„Mit so einer Niedrigrente werden viele Betroffene dauerhaft auf Hilfe vom Staat angewiesen sein. Spätestens die Miete drängt einen Großteil der Baby-Boomer dann in die Wohnarmut. Die Schere zwischen der Rente und steigenden Wohnkosten – also Miete, Heiz- und Nebenkosten – wird für die kommende Rentnergeneration immer weiter auseinandergehen“, sagt Robert Feiger. Die Gefahr, als Rentner in die Grundsicherung abzurutschen, sei bereits in den letzten 15 Jahren um rund 70 Prozent gestiegen: So seien im Jahr 2010 noch 2,5 Prozent aller Rentner auf die staatliche Grundsicherung angewiesen gewesen. Heute liege deren Anteil bereits bei 4,3 Prozent. Der IG BAU-Bundesvorsitzende beruft sich dabei auf die Analyse des Pestel-Instituts.

Angesichts dieser Zahlen müsse die gesetzliche Altersvorsorge dringend gestärkt werden. „Die gesetzliche Rente muss zum Leben reichen. Und das Wohnen darf die Menschen nicht in Armut stürzen – weder den Facharbeiter auf dem Bau noch die Gebäudereinigerin. Das sind zwei Prinzipien, an die sich die Bundesregierung bei ihren Reformen jetzt unbedingt halten muss. Ansonsten kippt der Sozialstaat und damit der soziale Frieden in Deutschland“, sagt Robert Feiger.

Für den Bundesvorsitzenden der IG BAU bedeutet das: „Die Rente muss im unteren Bereich steigen. Hohe Renten können im Gegenzug sinken.“ Dies sei schon deshalb gerechtfertigt, da Menschen mit höheren Einkommen und damit besseren Renten auch eine höhere Lebenserwartung hätten. Außerdem dürfte bei der anstehenden Rentenreform auch das Heranziehen hoher Vermögenseinkommen – zum Beispiel durch Dividenden oder Zinsen – zur Finanzierung der gesetzlichen Rente kein Tabu sein.

Viele Baby-Boomer hätten für einen Niedriglohn gearbeitet und Phasen von Arbeitslosigkeit hinnehmen müssen. „Beides haben sie sich nicht ausgesucht. Die Quittung dafür ist Altersarmut. Genau das muss die Bundesregierung jetzt aber für die Baby-Boomer und künftige Rentnergenerationen verhindern. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich Menschen nach ihrem Berufsleben in Armut wiederfinden und sich dann aus Frust vom Staat und von der Demokratie abwenden“, warnt Feiger.

Die „soziale Frage Nummer 1“ sei dabei das bezahlbare Wohnen. „In Deutschland fehlen 1,4 Millionen Wohnungen. Die Mieten steigen weiter. Und auch jetzt, nachdem die neue Bundesregierung ein Jahr im Amt ist, ist vom versprochenen ‚Bauen, bauen, bauen‘ wenig zu spüren“, so Robert Feiger. Dabei sei nur durch deutlich mehr Neubau von sozialen und bezahlbaren Wohnungen zu erreichen, dass sich die Mietenspirale nicht weiter nach oben drehe.

Gleichzeitig liege im Wohnungsbau „der Schlüssel zum Erfolg für das Ankurbeln der Wirtschaft“. IG BAU-Chef Feiger fordert die Bundesregierung auf, ein „volles Konjunkturprogramm für den Wohnungsbau zu fahren“. An CDU/CSU und SPD appelliert Feiger: „Wenn das Wirtschaftswachstum die ‚Schicksalsfrage der Koalition‘ ist, dann hängt das Schicksal der Koalition am Neubau von Wohnungen. Denn jeder siebte Euro der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung und jeder siebte Arbeitsplatz hängen mit der Wohnungsbaubranche zusammen.“ Außerdem würden bezahlbare Wohnkosten auch das Portemonnaie von vielen Millionen Arbeitnehmern in Deutschland entlasten. Sie würden damit indirekt auch den privaten Konsum stärken.

Darüber hinaus sei bezahlbares Wohnen die Voraussetzung für funktionierende Arbeitsmärkte – für die Zuwanderung von dringend gesuchten Fachkräften. „Fachkräfte kommen nur, wenn sie hier auch bezahlbar wohnen können. Der Neubau von Wohnungen entscheidet damit ganz wesentlich auch über die Wirtschaftsstärke in Deutschland. Und nur mit den Fachkräften, die heute kommen, lässt sich morgen die Rente bezahlen“, sagt der Gewerkschaftsvorsitzende.

Robert Feiger plädiert für ein „beherztes Durchgreifen“ bei den anstehenden Reformen. „Die Koalition muss den Mut haben, auch an vermeintlichen Tabus zu rütteln. Es kann nur jetzt und mit dieser Koalition gelingen, die dringend notwendigen Deutschland-Reformen zu machen. Das muss bis zur nächsten Bundestagswahl passieren. Was nicht passieren darf, ist, dass die politischen Ränder dann noch stärker werden“, so Feiger.

Renten-Daten für den Bund und alle Bundesländer

Berechnungen des Pestel-Instituts für die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt | IG BAU

Region	Boomer 2025	Boomer, denen Wohnarmut droht	Rentner		Grundsicherung im Alter		Grundsicherung im Alter		Zunahme Grusi in %
			2010	2025	2010	in %	2025	in %	
Bundesgebiet	12.959.000	5.184.000	16.580.000	17.952.000	412.000	2,5	764.000	4,3	72
Schleswig-Holstein	491.000	196.000	613.000	670.000	16.000	2,5	27.000	4,1	60
Hamburg	246.000	98.000	336.000	316.000	19.000	5,5	34.000	10,7	94
Niedersachsen	1.288.000	515.000	1.619.000	1.753.000	42.000	2,6	76.000	4,3	66
Bremen	98.000	39.000	141.000	138.000	7.000	4,9	12.000	9,0	81
Nordrhein-Westfalen	2.827.000	1.131.000	3.617.000	3.744.000	112.000	3,1	201.000	5,4	73
Hessen	961.000	384.000	1.212.000	1.283.000	36.000	3,0	68.000	5,3	76
Rheinland-Pfalz	666.000	266.000	823.000	906.000	18.000	2,2	33.000	3,6	63
Baden-Württemberg	1.701.000	680.000	2.091.000	2.290.000	39.000	1,9	76.000	3,3	78
Bayern	2.038.000	815.000	2.448.000	2.710.000	52.000	2,1	98.000	3,6	69
Saarland	167.000	67.000	224.000	242.000	6.000	2,8	12.000	4,9	73
Berlin	488.000	195.000	661.000	671.000	32.000	4,8	61.000	9,2	91
Brandenburg	440.000	176.000	563.000	642.000	7.000	1,2	13.000	2,0	71
Mecklenburg-Vorpommern	268.000	107.000	363.000	419.000	5.000	1,5	10.000	2,4	60
Sachsen	598.000	239.000	1.024.000	1.040.000	9.000	0,9	21.000	2,0	123
Sachsen-Anhalt	355.000	142.000	566.000	574.000	7.000	1,2	12.000	2,0	71
Thüringen	338.000	135.000	516.000	557.000	4.000	0,8	9.000	1,7	96

Hinweise

- Der Anteil der Rentner, die weniger als 800 Euro pro Monat aus der gesetzlichen Rente bekommen werden, wird nach Angaben der Wissenschaftler des Pestel-Instituts bei den geburtenstarken Jahrgängen, die ab 2026 bis 2036 in Rente gehen, bundesweit im Schnitt einheitlich bei rund 40 Prozent liegen.
- Kontakt zu Matthias Günther | Leiter des Pestel-Instituts:
 - **0159 03046341** | guenther@pestel-institut.de